



HESSISCHER LANDTAG

14. 08. 2017

Kleine Anfrage

der Abg. Gnagl (SPD) vom 21.06.2017

betreffend Landestreffen der "Jungen-Alternative" im Haus Germania

und

Antwort

des Ministers des Innern und für Sport

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 15.05.2017 fand am 29.04.2017 ein Landestreffen der "Jungen Alternative" im Haus der völkischen Burschenschaft Germania in Marburg statt. Bei diesem Treffen sollen den Berichten zufolge auch Vertreter der neurechten "Ein-Prozent"-Bewegung anwesend gewesen sein, diese bekennt sich auf ihrer Website unter anderem zur Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Identitären Bewegung.

Zudem soll im Haus der Germania Marburg auch eine Veranstaltung der rechtsextremen Identitären Bewegung stattgefunden haben. Bereits 2015 berichtete die Frankfurter Rundschau über eine zunehmende Radikalisierung der Germania Marburg.

Am Rande des Landestreffens soll es zu Auseinandersetzungen zwischen unbekanntem Personen, die dieses dokumentieren wollten, und Teilnehmern des Landestreffens gekommen sein.

Diese Vorbemerkung der Fragestellerin vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche Verbindungen sind der Landesregierung zwischen der "Jungen Alternative" und rechtsextremen Gruppen bekannt?

Die "Junge Alternative" als Jugendorganisation der Partei "Alternative für Deutschland" wurde 2013 gegründet und hat nach eigenen Angaben derzeit ca. 900 Mitglieder. Sie ist kein Beobachtungsobjekt des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen.

Aufgrund der Beobachtung rechtsextremistischer Objekte ist der Landesregierung jedoch bekannt, dass vereinzelt Verbindungen in Form von Personenüberschneidungen zwischen rechtsextremistischen Gruppierungen und der "Jungen Alternative" bestehen. Eine Benennung dieser Verbindungen kann nicht erfolgen, da die rechtsextremistische Szene daraus Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Sicherheitsbehörden ziehen und ihre weitere Vorgehensweise gezielt danach ausrichten könnte. Über diese Verbindungen wird in der zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz berichtet.

Frage 2. Hat das Landesamt für Verfassungsschutz bereits geprüft, ob die Germania Marburg als Beobachtungsobjekt einzustufen ist?
Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Das LfV erteilt aus den bereits in der Antwort zu Frage 1 dargestellten Gründen öffentlich keine Auskunft über seine Vorgehensweisen und Arbeitsabläufe. Hierzu wird in der zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz berichtet.

Frage 3. Wie eng ist nach Einschätzung der Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen der rechtsextremen Identitären Bewegung, der neurechten "Ein-Prozent"-Bewegung und der "Jungen Alternative"?

Die "Ein-Prozent"-Initiative wurde polizeilich erstmals im November 2015 im Internet festgestellt. Sie hat innerhalb kürzester Zeit bundesweit einen hohen Bekanntheitsgrad in der rechten Szene erlangt. Das Hauptbetätigungsfeld der "Ein-Prozent"-Initiative ist nach eigenen Angaben der "patriotische Protest gegen die verantwortungslose Politik der Masseneinwanderung".

Der Landesregierung ist bekannt, dass es in Einzelfällen Verbindungen zwischen der Identitären Bewegung, der "Ein-Prozent"-Initiative sowie der "Jungen Alternative" gibt.

So war etwa bei einer Veranstaltung der "Jungen Alternative" am 29. April 2017 im Verbindungshaus der "Germania" in Marburg ein Gründungsmitglied der "Ein-Prozent"-Initiative und ehemaliger Verbindungsstudent der "Germania" anwesend.

Zudem erfährt die Identitäre Bewegung Deutschland finanzielle Unterstützung durch die "Ein-Prozent"-Initiative.

Darüber hinausgehende Erkenntnisse liegen der Landesregierung nicht vor.

Frage 4. Welche Vorfälle seit Gründung der AfD sind der Landesregierung bekannt, bei denen Funktionäre der AfD gemeinsam mit rechtsextremen Gruppen aufgetreten sind oder sich mit diesen getroffen haben?

Die "Alternative für Deutschland" ist kein Beobachtungsobjekt des LfV.

Jedoch sind der Landesregierung aufgrund der Beobachtung rechtsextremistischer Objekte einzelne Vorfälle bekannt. Eine Benennung dieser Vorfälle kann aus den bereits in der Antwort zu Frage 1 dargestellten Gründen im Hinblick auf rechtsextremistische Gruppen nicht erfolgen. Hierzu wird in der zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz berichtet.

Frage 5. Welche Rolle spielt das sogenannte "Institut für Staatspolitik" für die Vernetzung zwischen der "Jungen Alternative", der "Ein-Prozent"-Bewegung und den rechtsextremen Identitären?

Das "Institut für Staatspolitik" wurde laut eigenem Internetauftritt im Frühjahr 2000 von sechs Personen der "neurechten Szene" gegründet. Thematische Schwerpunkte des "Instituts für Staatspolitik" sind Zuwanderung und Integration. Der Landesregierung ist bekannt, dass Mitglieder der Identitären Bewegung Deutschland an Veranstaltungen des "Instituts für Staatspolitik" teilnehmen.

Die Kontaktadresse des "Instituts für Staatspolitik" ist laut Impressum das Rittergut Schnellroda in 06268 Steigra/Sachsen-Anhalt. In Schnellroda wurde ebenfalls die "Ein-Prozent"-Initiative gegründet.

Frage 6. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung in Bezug auf Aktivitäten der "Ein-Prozent"-Bewegung in Hessen vor?

Im Wege der Internetrecherche wurde bekannt, dass im Rahmen der "Ein-Prozent"-Kampagne "Heimat im Blindflug" unter dem Motto "40 Gruppen, 40 Städte" am 16. April 2016 eine Banner- und Flugblattaktion bundesweit zeitgleich in 56 Städten, darunter u.a. auch in 37213 Witzenhäusern/Werra-Meißner-Kreis, durchgeführt worden sein soll.

Im Sommer 2016 sollen im Rahmen derselben Kampagne nach eigener Darstellung bundesweit in über 80 Städten Denkmälern als symbolischen Figuren unter dem Motto "Blind in den Untergang?" Augenbinden angelegt worden sein. U.a. wurde auch in Marburg an der Lahn einer Statue eine Augenbinde angelegt und diese mit einem Schild mit der Aufschrift "Heimat im Blindflug" versehen.

Frage 7. Wie stark schätzt die Landesregierung die "Ein-Prozent"-Bewegung in Hessen ein?

Hinsichtlich der Mitgliederzahl der "Ein Prozent"-Initiative in Hessen liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Wiesbaden, 4. August 2017

In Vertretung:
Werner Koch
Staatssekretär